

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freihandel mit Hochschutzzöllen?

Zweideutige Politik der Unternehmerverbände.

In letzter Zeit schien sich international eine Entspannung der Wirtschaftsbeziehungen dadurch anzubahnen, daß manche bisher nationalistisch eingestellten Unternehmerkreise teils infolge ihrer Zusammenarbeit der internationalen Kartell- und Trustbildung, teils aus Gründen ihres Handelsinteresses sich vor aller Öffentlichkeit gegen die Auffassung wandten, daß der Handel ein Krieg sei. Sie verlangten den Abbau der Hemmnisse des internationalen Warenverkehrs in mehr oder weniger bestimmter Form. Nach dem sogenannten Wirtschaftsmanifest, das von einer Reihe privater Bankiers und Industrieunternehmer unterzeichnet war, und das auch von deutscher Seite die Unterschriften eines Böglers und Duisbergs trägt, trat die Internationale Handelskammer mit einer ausführlichen Kundgebung hervor, die grundsätzlich das erwähnte Wirtschaftsmanifest billigte und Richtlinien zur praktischen Durchführung der darin niedergelegten Auffassung gab. Freizügigkeit der Rohstoffe, Vermeidung internationaler Monopole zum Schaden der Arbeiter und Verbraucher, Bewegungsfreiheit für den gewerbetreibenden Menschen in allen Ländern, Abbau aller schikanösen Bestimmungen, die diesen Forderungen entgegenstehen — das ungefähr ist der Inhalt der ins einzelne gehenden Vorschläge der internationalen Handelskammer in Paris.

Industrielle Blätter, so unter anderem auch die hochschutzzöllnerisch eingestellte „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, hatten aus dieser internationalen Kundgebung maßgebender Führer des Unternehmertums bereits die Konsequenz gezogen, daß auch die Landwirtschaft sich auf den kommenden Freihandel einstellen müsse. Man sprach bereits davon, daß die Landwirtschaft in absehbarer Zeit unter Verzicht auf die bisher zu ihren Gunsten errichteten Hochschutzzollschranken einer neuen internationalen Arbeitsteilung zustimmen müsse. Derartige Äußerungen waren, ebenso wie die Kundgebungen, eine klare Abgabe an die bisherige deutsche Handelspolitik, die in Verkennung der deutschen Ausfuhrinteressen die Rücksicht auf den Großgrundbesitz und auf andere kleine Gruppen der Landwirtschaft so weit gehen ließ, daß selbst der Abschluß wichtiger Handelsabkommen daran scheiterte.

Diese Abgaben an die Politik des Brotwuchers, der künstlichen Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen unter Erhöhung der Produktionsbedingungen der verarbeitenden Industrie ließen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß endlich nach einem Jahrzehnt ge-

fährlichster Abschließung gegenüber dem Weltmarkt auch in die Handelspolitik allmählich der Geist der Wirtschaftlichkeit einziehen würde.

Um so erstaunter muß man sein, daß jetzt die bürgerliche Presse eine Reihe von Zuschriften aus industriellen Kreisen veröffentlicht, die das genaue Gegenteil der bisherigen Unternehmerkundgebungen darstellt. Offenbar aus politischen Gründen, nämlich um den sonst unvermeidlichen Zerfall der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu verhindern, lassen die Industrieunternehmer jetzt erklären, das internationale Wirtschaftsmanifest sei mehr taktischer als programmatischer Art. Von einem Übergang vom Schutzzoll in den Freihandel könne für Deutschland vorerst gar nicht die Rede sein. Diese Auffassung wird nicht nur aus den Deutschnationalen Unternehmerkreisen des sogenannten Langnamvereins — „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Rheinlands und Westfalens“ — laut, sondern sie wird auch von führenden Persönlichkeiten der deutschen Handelskammern anerkannt.

Die deutschen Unternehmer bekommen also das fertig, was bisher noch keiner zu Wege gebracht hat; nämlich den Freihandel mit Hochschutzzöllen zu propagieren. Sie reden von einem Abbau der internationalen Handelsbeschränkungen, setzen ihre Unterschrift unter nationale Manifeste, die die Wirtschaft beeinflussen sollen, machen sich aber für die deutsche Handelspolitik die Demagogie des Reichslandbundes zu eigen, der jede freihandelsmäßige Gestaltung des deutschen Handelsverkehrs mit dem Ausland verhindern will.

Das ist ein unmöglicher Zustand. Die Unternehmervertreter, die die Freihandelskundgebungen unterschrieben haben, setzen sich nicht nur dem Gespött der Welt aus, sondern sie bringen auch sich persönlich in den schwersten Mißkredit, wenn sie heute das Gegenteil von dem behaupten, was sie gestern am internationalen Verhandlungstisch unterschrieben haben. Man muß daher von den Unterzeichnern der Manifeste eine klare Meinungsäußerung, zu der anonyme Zeitungsnotizen nicht genügen, darüber verlangen, ob sie selbst ihre Unterschrift als wertlos ansehen. Tun sie das, so werden daraus auch für die programmatischen Kundgebungen der Interessenverbände zur inneren Wirtschaftspolitik Schlüsse zu ziehen sein, die den Unternehmern nicht angenehm in den Ohren klingen werden.

Wähler auf, sich um die demokratischen Linksparteien zu scharen und bei den bevorstehenden Senatswahlen der Reaktion zu beweisen, daß das französische Volk von den Parteien des Nationalen Blocks nichts mehr wissen wolle. In einer zweiten Entscheidung wird den Radikalen und radikal-sozialistischen Organisationen noch einmal verboten, für die Senatswahlen gemeinsame Listen mit Kandidaten der reaktionären Parteien aufzustellen.

Noch kein Frieden in England.

Die Abstimmung der Bergarbeiter.

London, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Zu den bisher gemeldeten Bergbaudistrikten, welche für die Annahme der von der Regierung gemachten Friedensvorschlüsse gestimmt haben, treten nunmehr noch Bristol und Kent, während die Distrikte Schottland und Südwales mit überwältigender, Lancashire mit kleiner Mehrheit die Regierungsvorschläge abgelehnt haben. Letztere drei Distrikte repräsentieren rund 40 Proz. der gesamten Bergarbeiter. Trotz dieses allgemein überraschenden Ergebnisses wird jedoch eine Mehrheit für die Annahme der Vorschläge erwartet.

200 000 Bergarbeiter überflüssig.

London, 17. November. (Tl.) Man erwartet, daß die Arbeitslosenunterstützungen als Folge des Kohlenstreiks eine weitere außerordentliche Belastung erfahren werden. Alle Bergarbeiter, welche nicht wieder in die Gruben eingestellt werden können, und ihre Zahl wird schätzungsweise mit 200 000 angegeben, werden berechtigt sein, Arbeitslosenunterstützung zu empfangen. Dadurch wird der Arbeitslosenunterstützungsfonds, der bereits eine Verschuldung von 19 Millionen Pfund aufweist, um weitere 200 000 Pfund wöchentlich belastet. In unterrichteten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die Reduzierung in der Anzahl der Arbeiter in den Gruben nicht auf die längere Arbeitszeit zurückzuführen ist, sondern auf die Tatsache, daß die Kohlenmärkte, die verloren gegangen sind, nicht sofort wieder zurückgewonnen werden können.

Das Zehentkapital hat demnach eine umfassende Maßregelungsaktion geplant. Allein schon die Drohung mit „Abbau“ soll bewirken, daß die Bergarbeiter stuchtartig in die Gruben zurückkehren, um ohne Rücksicht auf das immer noch zweifelhafte Ergebnis der Abstimmung den Betrieb im Achtstundentag wieder aufzunehmen. Die Tragödie der englischen Bergarbeiterschaft scheint nach dem Ende des Streiks erst recht zu beginnen.

Reichstag erst am Dienstag. Die für nächsten Montag, den 22. November, nachmittags 3 Uhr, anberaumte Plenarsitzung des Reichstages, in der die auswärtige Debatte ihren Anfang nehmen sollte, ist auf Dienstag, den 23. November, zur gleichen Stunde und mit der gleichen Tagesordnung, verschoben worden.

Um die Regierungsbildung in Sachsen.

Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei.

Dresden, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Am gestrigen Bußtag fand eine Sitzung der Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens gemeinsam mit der sächsischen Landtagsfraktion statt. Es wurde ein Arbeitsprogramm für eine sozialdemokratische Regierung Sachsens beschlossen. Der frühere sächsische Kultusminister Reichstagsabgeordneter Genosse Fleißner soll als Ministerpräsident vorgeschlagen werden, für den Posten des Landtagspräsidenten ist der frühere Wirtschaftsminister Genosse Schwarz vorgeschlagen worden.

Im bürgerlichen „Dresdener Anzeiger“ findet sich eine Mitteilung, wonach zwischen den bürgerlichen Parteien und der linken sozialdemokratischen Partei Sachsens eingehende Verhandlungen über die Frage der Regierungsbildung stattfanden. Eine Einigung ist aber bisher nicht zustande gekommen. Die Deutschnationalen bestehen darauf, daß sie sich aktiv an der Regierung beteiligen und daß ihnen Ministerposten übergeben werden, aber zu Bedingungen, auf die bisher die USPS. nicht eingehen will. Die Deutschnationalen haben sich ihrerseits wiederholt bereit erklärt, der USPS. einen Ministerposten zuzugestehen. Die Verhandlungen sollen fortgesetzt werden.

Wie die Wahl am 25. November ausfallen wird, läßt sich noch nicht absehen. Es besteht sogar die Möglichkeit, daß unter Umständen die alte Regierung noch im Amt bleibt. Denn in der sächsischen Verfassung ist für die Wahl des Ministerpräsidenten eine Stichwahl nicht vorgesehen, und wenn keiner von den aufgestellten Kandidaten eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält, so ist die Ministerpräsidentenwahl überhaupt nicht zustande gekommen. Das bestehende Ministerium müßte in diesem Falle als „geschäftsführendes Ministerium“ weiter amtieren.

Der Zwischenfall Marin erledigt.

Die Radikal-Sozialen gegen das Wahlbündnis mit der Reaktion.

Paris, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Exekutive der Radikal-Sozialen Partei nahm am Mittwochabend zu dem Zwischenfall Marin Stellung. Der Vorsitzende der Partei, Sarraut, hielt dabei eine große Rede, in der er sich mit aller Schärfe gegen die Ausführungen Marins und besonders gegen dessen Beschuldigungen des Linkskartells wandte, an der gegenwärtigen Finanzkrise schuldig zu sein. In einer Entschlieung wurde die Rede Marins scharf verurteilt, dessen Partei „vor der Geschichte die Verantwortung für die Politik des Unverstandes, der Anleihen und der Reaktion trage, die Frankreich zu den gegenwärtigen Finanzschwierigkeiten geführt habe“. Das Exekutivkomitee fordert die

Deutsche Kriegslasten.

Deutschnationales Geschenk an die Entente.

Im Kriegslastentat, der seit einigen Jahren getrennt vom Etat der allgemeinen Reichsverwaltung geführt wird, sind die sämtlichen Lasten zusammengestellt, die Deutschland als Auswirkung des verlorenen Weltkrieges zu tragen hat. Der ordentliche Haushalt dieses Etats umfaßt die inneren Kriegslasten, d. h. Wartegelder, Wirtschaftsbeihilfen an verdrängte Beamte, Zahlungen auf Grund der Gewaltschädenverordnung u. a. Der außerordentliche Haushalt weist die jeweils fälligen Reparationsverpflichtungen nach. Im Hauptetat 1926 wurden insgesamt 1528 Millionen angefordert, und zwar 1285 Millionen für Reparationszahlungen und 242 Millionen für innere Kriegslasten. Die Regelung dieser inneren Kriegslasten ist ausschließlich Sache der deutschen Gesetzgebung, die Reparationsleistungen hingegen beruhen auf den Dawes-Befehlen. Die Uebersichtlichkeit der Reparationsverpflichtungen wird dadurch erschwert, daß das Reparationsjahr vom September des einen bis Ende August des nächsten Rechnungsjahres läuft, sich also nicht mit dem Rechnungsjahr deckt. In das Rechnungsjahr 1926 fallen fünf Monate des zweiten Reparationsjahres (April bis August 1926) und sieben Monate des dritten Reparationsjahres (September 1926 bis März 1927).

Der Nachtragsetat 1926 bringt für die inneren Kriegslasten zusätzliche Forderungen in Höhe von 117,4 Millionen. Von diesen entfallen 100 Millionen auf Barzahlungen, die auf Grund der Gewaltschädenverordnung vom 28. Oktober 1923 und des Liquidationsschädengesetzes vom 20. November 1923 zu leisten sind. Aus diesen Mitteln können im Verwaltungswege Vorschüsse, Darlehen und Wirtschaftsbeihilfen gewährt werden. In der Mehrforderung ist ferner eingeschlossen ein Betrag von 14 Millionen, der dem Reich laut Urteil des Reichswirtschaftsgerichts vom 25. Juni 1926 in Sachen des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats U. G. in Essen als Nachzahlung für Reparationskohlenlieferungen auferlegt worden ist.

Der außerordentliche Haushalt verlangt für die fälligen Reparationsverpflichtungen ein Mehr von 95,7 Millionen. Diese Mehrforderung von 95,7 Millionen würde noch um 12,2 Millionen größer geworden sein, also rund 108 Millionen betragen, wenn nicht mit dem Generalagenten für Reparationszahlungen eine neue Verrechnungsart für die Leistungen aus der Beförderungsteuer vereinbart worden wäre, die für das Rechnungsjahr 1926 gegenüber dem im Hauptetat angeforderten Betrag eine um 12,2 Millionen verringerte Summe ergibt. Im Rechnungsjahr 1927, in das noch fünf Monate des dritten Reparationsjahres fallen, wird dafür eine entsprechend höhere Summe zu zahlen sein.

Die 108 Millionen, die für die ersten sieben Monate des dritten Reparationsjahres jetzt fällig werden, sind eine Last, die dem deutschen Volk nicht von den Ententeländern auferlegt ist. Sie stellen vielmehr ein glattes Geschenk der besitzenden Klassen Deutschlands an die Entente auf Kosten der Unbemittelten dar. Bei den Steuerkämpfen des vorigen Sommers handelte es sich um die Entscheidung, zu wessen Lasten die notwendige Erhöhung der Reichseinnahmen erfolgen sollte. Die Sozialdemokratie widersehte sich mit ihrer ganzen Kraft dem Abbau der Besitzsteuern. Sie befand sich in diesem Kampfe in voller Uebereinstimmung mit den Sachverständigen, die in ihrem Gutachten vor aller Welt erklärt hatten: „Wir haben der Schlussfolgerung nicht entgegen können, daß die reichen Klassen in Deutschland in den letzten Jahren nicht in angemessener Weise von dem Steuersystem erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das die Verteuerung der arbeitenden Klassen rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klassen in anderen Ländern vergleichbar wäre.“

Die bürgerlichen Parteien indessen, besonders die Deutschnationalen, wollten sich den Preis, der ihnen für die Annahme der Dawes-Befehle zugesichert war, nicht entgehen lassen, setzten die Besitzsteuern herab und erhöhten auch die verpfändeten Zölle und Verbrauchsabgaben, trotzdem solche Erhöhung zugleich eine freiwillige Erhöhung der Reparationsabgabe mit sich brachte, da dem Reich nach dem Londoner Abkommen aus diesen Erhöhungen nur etwa die Hälfte zufließt, während der überschießende Teil, bis zur Höhe von je 250 Millionen für das volle Reparationsjahr, an die Entente abzuführen ist. Für das dritte und vierte Reparationsjahr sollten also nach dem Willen der bürgerlichen Parteien, die sich hier ganz der Führung der Deutschnationalen untergeordnet hatten, eine volle halbe Milliarde zusätzliche Leistung an die Entente gezahlt werden!

Wenn es in Verhandlungen mit dem Generalagenten für Reparationszahlungen gelungen ist, die Zustimmung der Reparationskommission zur Herabsetzung der Schuld von 500 Millionen auf 300 Millionen zu erlangen, so zeigt diese Tatsache, daß, um in der Sprache der Deutschnationalen zu reden, beim Generalagenten des „Feindbundes“ eine weit größere Einsicht und Rücksicht auf die Interessen des weitaus größten Teils des deutschen Volkes und auf die deutsche Währung zu finden war, als bei den Deutschnationalen. Hätte der Generalagent für Reparationszahlungen nicht in diese Verminderung der Schuld gewilligt, so würde die zusätzliche Belastung des deutschen Volkes im dritten und vierten Repa-

rationsjahr noch um je 100 Millionen größer geworden sein. So reich auch die kurze Geschichte der Deutschnationalen Partei an Tatsachen ist, die ihre rücksichtslose Gewinnsucht aufzeigen, so läßt sich ein klareres Bild als das dargelegte von ihrer vor nichts zurückweichenden Habgier kaum finden.

In den Verhandlungen mit dem Generalagenten für Reparationszahlungen wurde es ferner möglich, zu vereinbaren, daß die für die genannten Reparationsjahre zusätzlich zu leistenden 300 Millionen Mark ganz für Sachlieferungen Verwendung finden sollen — ein Zugeständnis, das in Anbetracht der ungeheuren Arbeitslosigkeit und unserer schlechten Wirtschaftslage besonders zu begrüßen ist. Ein weiteres Abkommen konnte im Laufe der Verhandlungen dahin getroffen werden, daß die verpfändeten Einnahmen nur so lange gesperrt bleiben, bis die in jedem Monat fälligen Haushaltszahlungen bewirkt sind, wodurch die Liquidität der Reichskasse wesentlich gestärkt wird.

Die uneinige Mitte.

„Königliche Zeitung“ gegen Große Koalition.

Wie Herr Scholz, der volksparteiliche Fraktionsführer, ist auch die „Königliche Zeitung“ jeder Bindung der Mitte nach links stark abgeneigt. Sie schreibt:

Da mit den verschiedenen Behauptungen über Koalitionsverhandlungen viel Verwirrung angerichtet wird, sei ganz kurz festgestellt, wie die Dinge im Augenblick laufen: In der vorigen Woche hat es Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten überhaupt nicht gegeben, sondern der Reichskanzler Dr. Brüning hat für sich allein mit den Sozialdemokraten Besprechungen gehabt und über diese Besprechungen den Regierungsparteien berichtet. Die Regierungsparteien sind übereinstimmend (s. Red. d. „K.“) der Auffassung gewesen, daß der Reichskanzler mit der Sozialdemokratie in keiner Weise Verpflichtungen eingegangen sei, die weder für den Abgibt für die Zukunft den Regierungsparteien die geringste politische Bindung auferlegen. Sie waren auch der Meinung, daß eine solche Bindung nicht eingegangen werden könne, sondern daß es sich lediglich darum handle, von Fall zu Fall, wie man es schon immer großen Oppositionsparteien gegenüber getan habe, Vorbesprechungen mit ihnen über ihre etwa mögliche Unterstützung der Regierung zu veranstalten. Wenn die Sozialdemokraten ihrerseits behaupten, daß der Reichskanzler ihnen das Versprechen gegeben habe, die gesetzgeberische Arbeit der Regierung auf die Grundlage einer Mehrheit zu stellen, die aus der Mitte und der Sozialdemokratie, also den Parteien der sogenannten Großen Koalition, bestehe, so ist das ein Mißverständnis, das sie mit dem Reichskanzler klären müssen, das aber von den Regierungsparteien weder formell noch sachlich gewollt ist, noch anerkannt wird. Diese wollen vielmehr die völlige Freiheit in ihrem sachlichen und tatsächlichen Vorgehen gewahrt wissen. Damit entfallen alle Voraussetzungen für Verhandlungen in Richtung auf die Große Koalition. Im übrigen wird die Verbreiterung der Regierung nach links im gegenwärtigen Zeitpunkt nur vom Zentrum betrieben, und die Sozialdemokratie benutzt mit Freuden diese Schwäche der derzeitigen Regierungskoalition durch das Zentrum, um wieder einmal die Schuldfrage über das Scheitern der Großen Koalition aufzuwerfen und die Schuld daran diesmal der Deutschen Volkspartei zuschreiben zu können. Indessen ist diesmal die Sache derart durchsichtig aufgeklärt, daß auch das harmloseste Gemüt nicht auf diese Quertreibereien hineinfallen wird.

So stellt sich immer deutlicher heraus, daß die Mitte als Ganzes überhaupt nicht verhandlungsfähig ist. Nicht nur will jeder etwas anderes, sondern auch das, was vereinbart ist, wird von den verschiedenen Parteien ganz verschieden ausgelegt. Das Zentrum will die Große Koalition, die Volkspartei — von der Gruppe um Cremer abgesehen — will sie nicht. Der Reichskanzler trifft eine Vereinbarung mit der Sozialdemokratischen Partei, die den Fortgang der parlamentarischen Arbeit gegenüber der deutschnationalen Sabotage

sichern will, die volksparteiliche Presse erklärt, es sei überhaupt nichts vereinbart worden.

Die „Königliche Zeitung“ spricht von „Quertreibereien“, sie wendet sich mit diesem Worte aber nicht gegen die Deutschnationalen und auch nicht gegen diejenigen, die den Deutschnationalen helfen, der Regierung das Regieren unmöglich zu machen, sondern gegen das Zentrum, das mit der Volkspartei in der Regierung sitzt und gegen die Sozialdemokratie, die sich auf Wunsch des Reichskanzlers zur sachlichen Mitarbeit an der Gesetzgebung bereit erklärt hat. In der Tat, auch „das harmloseste Gemüt“ sieht, was da gespielt wird. Es ist die alte Unterminierungs- und Zerlegungsarbeit, die die Volkspartei gegen jede Regierung betreibt, in der die Deutschnationalen nicht vertreten sind.

Nun könnte man aus alledem schließen, daß wenigstens zwischen Volkspartei und Deutschnationalen ein einigermaßen zärtliches Verhältnis besteht. Wie wenig aber auch dies der Fall ist, zeigt folgende Notiz der „Nationalliberalen Korrespondenz“:

Die parteiämliche deutschnationale Korrespondenz pöbelt in einem Tone gegen die VDK, den wir nur als Stalljargon bezeichnen können. Im übrigen bestätigt sie nur das bekannte Wort, daß derjenige Unrecht hat, der schimpft. Wir sehen also auch sachlich keinen Anlaß, der deutschnationalen Korrespondenz zu erwidern.

Gezänke und Gezeter auf allen Seiten. Runderbuntes Durcheinander. Politik der Mitte.

Der Korb.

Zentrumssabotage an den deutschnationalen Freier.

Köln, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) In der „Königlichen Volkszeitung“ wendet sich der preussische Landtagsabgeordnete Heß, der Führer des Zentrums, in der Schulfrage entschieden gegen die deutschnationale Forderung, die Schulfrage zum Gegenstand eines Volksentscheids zu machen. In seiner Polemik kommt Heß zu sehr interessanten Schlüssen, die zeigen, daß man auch im Zentrum einzusehen beginnt, daß in Weltanschauungsfragen Wege der Verständigung gegangen werden müssen. Heß betont, daß, wie gegenwärtig die politischen Kräfte in Deutschland verteilt seien, es vollkommener Unfug wäre, ein Schulgesetz durch Majorisierung der einen oder anderen Seite erzwungen zu wollen. Man könne dabei ganz dahingestellt sein lassen, ob die Majorität auf Seiten der Freunde oder der Gegner der konfessionellen Schule wäre. Auf jeden Fall würde jede Minderheit sehr erheblich sein. Nach Lage der Sache könnte in Deutschland ein Schulgesetz nur auf dem Wege der Verständigung erreicht werden, wobei jedem das recht sein müsse, was dem anderen billig dünke. Der Schlüssel zur Lösung der Frage liege in jener Verfassungsbestimmung, nach der es das Recht der Eltern sei, die Erziehung der Kinder zu bestimmen. Heß bestreitet dann, daß mit den Deutschnationalen überhaupt ein das Zentrum befriedigendes Schulgesetz geschaffen werden kann. Er verweist dabei auf die Vorgänge bei der Beratung des Volksschulverwaltungsgesetzes im Jahre 1906, wobei die damaligen Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen das Zentrum von vornherein bis zuletzt bei den Beratungen im Landtag ausgeschlossen hatten.

Völkische Brüder.

Verammlungsprenger Hitler und Genossen.

München, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Wie innerlich, konnte im Februar dieses Jahres eine vom „Nationalsozialistischen Volksbund“ mit den Referenten Reventlow und Graefe angeführte Versammlung im Hofbräuhaus nicht durchgeführt werden, weil Hitler und Esser den Saal zum großen Teil mit ihren Leuten besetzt hatten und durch fortwährende Rufe zur Geschäftsordnung Reventlow am Sprechen verhindern

ten. Die Folge war eine Anklage gegen Hitler und Esser wegen Versammlungsprengung, beide wurden jedoch von der Strafkammer außer Verfolgung gesetzt, wogegen die Staatsanwaltschaft Beschwerde beim Obersten Landesgericht München einlegte. Von diesem Gericht wurde Hitler nunmehr von der Anklage wegen groben Unfugs freigesprochen, Esser dagegen zu zwei Wochen Haft verurteilt. Außerdem ist in dem Urteil die für zwei Monate bewilligte Bewährungsfrist Essers, die er anlässlich einer Verurteilung — ebenfalls wegen Versammlungsprengung — erhalten hatte, widerrufen.

Paul Lensch gestorben.

Gestern früh ist Dr. Paul Lensch nach längerem schwerem Leiden an Herzlähmung gestorben. Lensch war im Jahre 1873 in Potsdam geboren und hatte sich in jungen Jahren der Sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Er wurde Redakteur der „Freien Presse“ in Stralsund und ging dann nach Leipzig, wo er Redakteur, später Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ wurde, aus der er 1913 ausschied. Als Journalist und Reichstagsabgeordneter stand er auf dem linken Flügel der Partei, bis im Laufe des Krieges sein kühner Gesinnungsumschwung erfolgte. Lensch, der noch von Hainich zum Universitätsprofessor ernannt worden war, ließ sich von Sinnens zum Chefredakteur der „D. A. Z.“ machen und schied aus der Partei aus. Aber auch seine Stellung bei der „D. A. Z.“ erwies sich bald als unhaltbar, Lensch mußte sie verlassen, blieb aber außenpolitischer Mitarbeiter des Blattes. Eine Bandornatur, die sich wohl nie und nirgend ganz daheim gefühlt hat, ein ewig Ruheloser hat seine Ruhe gefunden.

Mussolini und die Wissenschaften.

Eine Rede unmittelbar vor dem Attentat.

Im Pariser „Quotidien“ berichtet der Professor Berna von der Pariser medizinischen Fakultät über seine Erlebnisse in Bologna, wo er als französischer Delegierter an einem internationalen Kongress zur Förderung der Wissenschaften teilgenommen hatte, der von Mussolini während seines dortigen Aufenthalts unmittelbar vor dem angeblichen Attentat eröffnet wurde. Er sagt, daß die französischen Delegierten bei ihrer Ankunft in Bologna den Eindruck erhalten hätten, sie wären in einer dem Wahnsinn verfallenen Stadt eingetroffen. Mussolini, der zunächst eine faschistische Parade abnahm, trug eine phantastische Operettenuniform und eine Kopfbedeckung mit einem 30 Zentimeter langen Reiter. Seine Eröffnungsrede auf dem wissenschaftlichen Kongress verfehlte die Teilnehmer in maßloses Staunen. Er führte unter anderem aus:

„Ich glaube nicht, daß ich die Ehre verdient habe, in diesem Gelehrtenkongress den Vorsitz zu führen, denn ich habe bisher nichts für die Wissenschaft und für die italienischen Gelehrten getan. Ich erkenne jedoch gern an, daß ich viel für sie tun muß, denn ich erwarte viel von ihnen. Ich erwarte viel von den Chemikern, die noch giftigere Gase als die bisher entdeckten erfinden müssen, damit wir unsere Feinde leichter besiegen können. Ich erwarte viel von unseren Ärzten und Chirurgen, die die Pflicht haben, die großen Erfahrungen, die sie aus dem letzten Kriege gezogen haben, wieder anzuwenden, wenn der Tag kommt.“

Professor Berna sagt weiter, daß er Bologna bald nach dem Attentat verließ, daß er aber schon vordem dazu entschlossen war, weil ihm die ganze Atmosphäre unerträglich war. Er und alle mit ihm abgereisten Teilnehmer des wissenschaftlichen Kongresses atmeten befreit auf, als sie den freien Boden der Schweiz wieder betreten. Er hat aus Italien den Eindruck gewonnen, daß die faschistischen Banden einem Kollektivwahnsinn verfallen sind, der ohne Beispiel in der Geschichte irgendeines anderen Volkes ist, und daß sie nicht nur bereit sind, Mussolini in seinen außenpolitischen Abenteuern zu unterstützen, zu denen er gezwungen ist, um sein wankendes Prestige zu konsolidieren, sondern daß sie diese Abenteuer obendrein noch herbeisehnen und nur auf eine Parole warten, um sie zu provozieren.

Zweierlei Maß.

Von Hans Bauer.

Der Nachhall zweier Nordprozesse, die das Augenmerk der Öffentlichkeit in hohem Maße auf sich lenkten: des Feme- und des Eisenbahnattentäterprozesses, wirkt sich noch immer in der Presse aus. Und da haben sie rechts nun etwas ausgekostet, von dem sie das Recht herleiten, sich in moralische Postur zu werfen und ein strenges Sittensamt auszuüben. Sie haben nämlich festgestellt, daß links zweierlei Maß angelegt worden ist, und so wenig sie wohl gegen die doppelte Moral, auf der sich nicht selten ihre ganze geistige Existenz aufbaut, an sich etwas einzuwenden haben, so meinen sie doch, sie in diesem Falle, der nicht ihrer ist, festnageln zu müssen.

Es ist wahr, daß wir Rüstern und Weiberde verschieden bewerten, aber im Gegenfah zu jenen nicht aus persönlichen, sondern aus weltanschaulichen Gründen. Weiberde wies 21 Tote auf, Rüstern selbst inklusive der vielleicht noch nicht ans Tageslicht geförderten erheblich weniger. So grenzenlos oberflächlich es aber ist, den inneren Wert eines Rüstlers etwa nach seinen äußerlichen Erfolgen zu bemessen, so banal ist die menschliche Bewertung eines Weiberläfers nach der bloßen Wirkung seiner Tat.

Die Femeverbrecher hatten das volle Bewußtsein ihrer Tat, sie waren roh und grausam, unmenschlich und blutrünstig ohne Notwendigkeit und mit Ueberlegung. Ihre Taten und sie sind ein untrennbares, ein sich Bedingendes, sind eine Einheit. Sie wollten die Hinrichtungen, die ihr Zweck waren.

Die Weiberdeverbrecher waren ursprünglich nicht brutal und grausam, sondern hungrig und obdachlos. Sie wollten nicht die Tat, sondern Brot, und bedienten sich ihrer schließlich als Mittel, um zum Brot zu kommen, sie nahmen sie in Kauf. Ein Gericht ist keine Erziehungs-, sondern eine Bestrafungs- und Abschreckungsanstalt. Es war keine Pflicht, zu einem harten Urteil zu kommen, und fraglich ist nur, ob es zum härtesten kommen mußte. Aber darum geht es nicht. Die öffentliche Meinung nämlich ist eben kein Gericht und sieht nicht wie dieses ausschließlich das angerichtete Unheil, sondern auch das Herz an. Das der Rüstlerin war vom Willen zu Bestrafungen befreit, das der Weiberde vom Willen zum erträglichen Leben. Diese hätten nur allzu gern auf die Toten verzichtet, deren Klageschreie ihnen die Ohren zerrissen, die Rüstlerin wollten die Toten, an deren Quälen sie sich weideten. Manche rechts stehen zu den Rüstlerin Scheußlichkeiten, niemand links sieht zu denen von Weiberde, aber ein Geistesheis Zustandekommens verzichten zu wollen. Die Rüstlerin kann man sich in jeder sozialen Lebenslage nur als herz- und geistlose Kahlhinde vorstellen, die unfertigen Buben von Weiberde aber wären, als Aktionärsföhne geboren, gewiß manierliche Menschen geworden, die nie daran gedacht hätten, 21 Menschen in den Tod zu jagen.

Sowohl, mit zweierlei Maß ist zu messen, weil wir, im Gegenfah zum Gericht, nur einerlei Norm anwenden dürfen: die des verlebenden Herzens.

Das Ende der Geishas in Japan.

Ein altes Wahrzeichen des japanischen Kaiserreiches wird verschwinden. Das japanische Kultusministerium hat umfangreiche Maßnahmen getroffen, die sich gegen den ausgebreiteten Mädchenhandel richten und die Verschleppung armer, ahnungsloser Mädchen zumeist aus ländlichen Distrikten verhindern sollen. Zu dieser Maßregel wurde die japanische Regierung durch die letzte Statistik veranlaßt, aus der hervorging, daß insgesamt in ganz Japan nicht weniger als 362 000 sogenannte „Teehäuser“ existieren, deren tatsächlicher Zweck ja jedem Japaner einleuchtend bekannt ist. Die Bedienung in diesen Häusern besteht aus Kellnerinnen, den Geishas, deren Bekanntheit der Antömmling in Japan meistens zu allererst zu machen pflegt, von deren entzückendem Wesen, Liebenswürdigkeit, Schönheit, Grazie ja so viel berichtet wurde. Wer aber Selbstenheit hat, hinter die Kulissen zu blicken, der erfährt, daß diese armen Mädchen, deren es nach der Statistik rund 842 000 in Japan gibt, unter einem recht traurigen Lose zu leiden haben. Gemissene Agenten reisen berufsmäßig in jene Provinzen des Reiches, deren Bevölkerung unbedeutend, aber linderreich ist, und schließen mit den Eltern der Mädchen Kontrakte, nach denen diese sich auf 15 bis 25 Jahre, also geradezu auf Lebenszeit, verpflichten müssen.

Auf diese Art sind die Mädchen natürlich mit Haut und Haaren ihren Ausbeutern verfallen. Sie kommen in noch jugendlichem Alter mit dem Agenten in die Stadt und genießen dajelbst allerdings recht sorgfältige Erziehung, lernen sogar Literatur und Sprachen, vor allem aber Tanzen, Singen und Konversation. Sobald die Geisha, zu der von heimlich das Mädchen derart gemacht hat, etwa 16 oder 17 Jahre geworden ist, wird sie ihrem Berufe zugeführt, d. h. man schickt sie zu Festlichkeiten und Banketten, wo sie zur Aufheuerung der Gäste durch ihre Kunst dient, oder die Geisha wird einem Teehaufe verkauft, in dem sie offiziell als Kellnerin, in Wirklichkeit aber nur zur Gesellschaft der männlichen Besucher, dient. Bei dem Uebergangssystem, in welchem Japan gegenwärtig begriffen ist und wobei in Handel und Industrie so viele Arbeitskräfte, auch weibliche, vonnöten sind, will man nicht die Schmach auf sich sitzen lassen, daß ein so großer Teil der weiblichen Bevölkerung der Prostitution zugeführt wird. Die neu erlassenen Gesetze bedrohen nicht allein den Mädchenhandel mit den allerhöchsten Strafen, sondern sie unterlagen den Bestand von Geishaschulen überhaupt und ordnen an, daß in keinem Etablissement neue Geishas mehr aufgenommen werden dürfen.

Oskar Baum als Vorleser. Der blinde Dichter Oskar Baum las am Dienstag im bunten Vortragssaal des Sturms aus seinen Werken. Seine schlanken nervösen Fingerspitzen ließen die Punttschrift lebendig werden, die für ihn seine Arbeit festhält. Eine typische Erscheinung mit durchgeglühtem Gesicht und einem feinen Gefühl, das ihn nie die Verbindung mit den aufmerksamen Zuhörern verlieren ließ. Ein Seher mit starkem inneren Gesicht, der so viele Sehende erst ein Stückchen ihrer Welt sehen lehrt. Als erstes las der Dichter, der neben dem im „Vorwärts“ erschienenen

Roman „Der Weg des blinden Bruno“ unter anderem noch „Herdosen“, „Das Leben im Dunkel“ und „Die Tür ins Unmögliche“ geschrieben hat, zwei Kapitel aus seinem neuen Roman „B. F., der Abenteurer“, starke Proben seiner tiefstürzenden Schaffensart. Dann las er aus seinen „Kleinen Romanen der gründlichen Phantasie“ drei Arbeiten, von denen die Geschichte vom Ende zweier glücklicher Menschen und dann die Geschichte eines Bettelmönches erschütternd wirkten. Seine Dirnenparodie „Die Bahnbrecherin“ konnte er nicht beifend genug wiedergeben, weil diese Geschichte seiner gütigen, etwas tastenden Stimme nicht liegen mag, vielleicht auch, weil sie noch viel zu gültig für eine Parodie ist. Als Letztes gab er ein Kapitel aus „Dem Weg des blinden Bruno“, die zarte Novelle vom Liebesfest des blinden Jungen und der Dirne. Der Beifall für den Dichter war reich und stark; ein jeder ging wohl nachdenklich und dankbar davon. B. Sch.

Das Museum der Preussischen Geologischen Landesanstalt Berlin N. 4, Invalidenstr. 44, ist bemüht, in den einzelnen Abteilungen auch die charakteristischen Landschaften Norddeutschlands und den Zusammenhang dieser charakteristischen Landschaftsformen mit dem geologischen Aufbau des Landes zur Darstellung zu bringen. So ist z. B. im Saal des norddeutschen Flachlandes der Lüneburger „Kallberg“, das Wahrzeichen Lüneburgs als ein Beispiel dafür gewählt, wie in diesem Flachlande noch einzelne Urtragungen des älteren Gebirges auftreten. Dieser mächtige Gipfels des „Kallberges“ steht im ursächlichen Zusammenhang mit dem Auftreten der Sole bei Lüneburg, auf der die uralte Salzindustrie und Bedeutung dieser Stadt beruht. Der Gipfels ist das Dachgebirge des Salzlagere und ist zusammen mit diesem aus mehreren Kilometern Tiefe in die Höhe gepreßt worden.

Ein Reichsmuseum für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde. Die hervorragenden Schilderungen auf dem Gebiete der Gesellschafts- und Wirtschaftskunde auf der Großen Ausstellung Düsseldorf 1926 haben in vielen Kreisen den Gedanken wachgerufen, diese wertvollen Arbeiten in einem Museum zu sammeln, das sorgfältig auf dem laufenden gehalten werden soll, um so die Möglichkeit zu geben, die Probleme der Gesellschafts- und Wirtschaftskunde zu studieren. Oscar von Miller, der Schöpfer des Deutschen Museums in München, hat auf diesen Gedanken besonders hingewiesen. Die Verhandlungen mit den Reichs- und Staatsbehörden, und besonders auch mit der Industrie, sind soweit gediehen, daß am 19. November die Gründung des Reichsmuseums für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde in Düsseldorf stattfinden kann. Auch die großen Arbeitnehmerorganisationen sind dazu eingeladen.

In der Humboldt-Hochschule, Dorotheenstr. 12, hält Dr. A. Schaff am Sonntag, 8 Uhr, einen Vortrag mit Lichtbildern: „Das Grab des Zutanhamun“.

Musikchronik. In dem 1. Konzert nach Rückkehr von ihrer Auslandsreise bringt die Sing-Akademie unter Leitung von Prof. Georg Schumann am Totenfesttag „Mozarts Requiem“ und Georg Schumanns „Istentlage“ im Saal der Sing-Akademie, abends 7 1/2 Uhr, zur Aufführung. Sonnabend Nachmittag 4 1/2 Uhr, findet eine Vortragsführung statt.

Museumsführungen. Am Sonntag, vom 10.—11. Uhr, finden amliche Führungen im Alten Museum (Archäologisch-ethnologische Abteilung — Dr. Adler), im Kaiser-Friedrich-Museum (Museum für Naturgeschichte und Kunst — Dr. Bange) und im Museum für Völkertunde (Turkisch-Sammlungen — Dr. Waldschmidt) statt.

Um die Form der Kontrolle. Ein französischer Versuchsballon.

Paris, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Der „Petit Parisien“ läßt sich aus Berlin melden, daß man in den dortigen parlamentarischen Kreisen im Begriff sei, ein Kompromiß zwischen der französischen und deutschen Auffassung über die zukünftige Rüstungskontrolle in Deutschland, wie sie der Völkerbund auszuüben hat, auszuarbeiten. Es handelt sich bei dem deutschen Vorschlag in erster Linie darum, den Delegierten des Völkerbundes ein ständiges Aufsichtsrecht in der entmilitarisierten Zone am Rhein zu verleihen, während das übrige Deutschland von dieser ständigen Kontrolle befreit bleiben und nur von Zeit zu Zeit überprüft werden soll.

Die angebliche Berliner Meldung des Pariser Blattes stellt offensichtlich nichts als einen Versuchsballon dar. Zwischen den Reichstagsfraktionen ist unseres Wissens mit keinem Wort über ein Kompromiß in diesem Sinne verhandelt worden; jedenfalls ist die Sozialdemokratie daran völlig unbeteiligt. Die Meldung ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie planmäßig Dinge durcheinandergerührt werden, die nichts miteinander zu tun haben.

Der Versailler Vertrag sieht vor, daß nach Aufheben der interalliierten ständigen Militärkontrolle die internationale Stichprobenaufsicht des Völkerbundes über den deutschen Abrüstungsstand einsetzt. Trotz des ganz unmissverständlichen Wortlautes des Vertrages hat nun Frankreich allerdings in dem sogenannten „Investigationsprotokoll“, das dieses Untersuchungsrecht des Völkerbundes regeln soll, und im Genfer Protokoll versucht, sogenannte „ständige Elemente“ einzuführen, die ähnlich der Militärkontrollkommission eine dauernde Überwachung durchführen sollen. Ueber dieses Investigationsprotokoll ist seit Anfang Januar nicht mehr verhandelt worden. Es wird die Aufgabe der kommenden Ratstagung sein, die mit dem Versailler Vertrage unvereinbaren Plänen des Völkerbundes abzuändern und dafür sorgen, daß die interalliierte Kontrolle nicht unter dem Deckmantel des Völkerbundes weitergeführt wird. All das, was Landsberg und die parlamentarischen Untersuchungen der Feme abgedeckt haben, bedeutet keineswegs eine Gefahr für das Ausland, sondern nur für die deutsche Republik selbst. Unter keinen, wie immer gearteten Vorwand, wäre es erträglich, daß nach Locarno und in der durch Locarno geschaffenen Sicherheit, Frankreich im Geiste des Mißtrauens die Anforderung von Sicherheitsleistungen Deutschlands immer weiter in die Höhe schraubt. Ob dagegen, bis zum Ablauf der ursprünglich vorgesehenen Räumungsfristen, eine besondere Überwachung der entmilitarisierten Zone als Ersatz für die abgezogene Befähigung einzurichten wäre, ist eine Frage, die nur im Zusammenhang mit Verhandlungen über die Räumung selbst zu erörtern wäre, jetzt ist offensichtlich der Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen.

England gegen die ständige Aufsicht.

London, 18. November. (W.T.B.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ schreibt: In der Angelegenheit der Einsetzung eines Völkerbundsaußschusses zur Kontrolle der Abrüstung Deutschlands ist die Lage wesentlich verschieden von der im Jahre 1924, und zwar infolge der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und den Völkerbundsrat. Es wird auf französischer Seite anerkannt, daß die Form der Beaufsichtigung durch den Völkerbund nur geregelt werden kann durch Vereinbarung mit Deutschland. Auf dieser Grundlage aber ist es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, eine ständige Völkerbundsmission einzusetzen, die regelmäßige Berichte über den Stand der deutschen Abrüstung erhält, wie sie vor zwei oder drei Jahren von den Franzosen ins Auge gefaßt wurde. Deutschland wird als Mitglied des Völkerbunds sich nicht einem Kontrollsystem unterwerfen, das nach aufreißender wäre als das gegenwärtige. Wenn eine Verständigung mit Deutschland über diesen Gegenstand zustande gebracht werden soll, um dem Völkerbund einen vereinbarten Plan anbieten zu können, dann wird sie vermutlich auf der Grundlage gegenseitlicher Untersuchungen gesucht werden müssen, die vom Völkerbundsrat anfänglich von Beschwerden angeordnet werden.

Dominion-Gesandte in Washington.

Nach Irland und Kanada auch Australien.

New York, 18. November. (W.T.B.) Der Vertreter Australiens bei der amerikanischen Regierung wird binnen kurzem statt den Titel eines Geschäftsträgers den offiziellen Titel eines Gesandten erhalten. Die Veränderung wird wahrscheinlich vorgenommen werden, wenn der Premierminister von Australien, Bruce, auf der Rückreise nach Australien Amerika besucht.

Trotzdem die britischen Dominionen schon vor dem Weltkrieg in bezug auf ihre innere Wirtschafts- und Sozialpolitik vom Mutterlande völlig unabhängig waren, hatten sie keinerlei selbständige Außenpolitik. Das Londoner Auswärtige Amt und die Diplomaten Großbritanniens vertrieben sie nach außen hin. Sie hatten selbst keinerlei unmittelbare Beziehungen mit anderen Staaten. Nachdem die Dominionen aber, dank ihrer Waffenhilfe während des Weltkrieges den Versailler Vertrag mitunterzeichnen durften und Mitglieder des Völkerbundes wurden, sehen sich ihre Belirungen durch, unabhängig von der Londoner Bevormundung zu werden. Als äußeren Ausdruck ihrer neuen völkerrechtlichen Selbständigkeit erstreben sie das Recht, direkte diplomatische Beziehungen mit anderen Staaten zu unterhalten. Drei der fünf britischen Dominionen unterhalten jetzt eigene Gesandte in Washington. Irland ernannte unmittelbar nach seiner Verfassunggebung (1922) dort einen Gesandten, vor wenigen Wochen folgte Kanada und jetzt wird auch Australien dort durch einen „Gesandten“ vertreten. Es ist sehr bemerkenswert, daß sich diese Entwicklung unmittelbar vor und während der in London tagenden Reichskonferenz vollzieht, also im gegenseitigen Einverständnis geschieht.

Tschitscherin - Briand.

Paris, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Eine Zusammenkunft zwischen dem russischen Außenminister Tschitscherin, dessen Ankunft in Paris bereits für die nächsten Tage erwartet wird, und Briand soll auf den 24. November anberaumt sein. Der „Intelligence“ glaubt zu wissen, daß, wenn diese Besprechung die von Tschitscherin erhofften Ergebnisse zeitigt, in aller kürzester Zeit ein Vertrag zwischen Sowjetrußland, der Türkei, Persien und Afghanistan unterzeichnet werden soll, und zwar in Paris. Es ist aber weit wahrscheinlicher, daß der Besuch Tschitscherins in Paris lediglich mit der Regelung der Schuldenfrage zwischen Frankreich und Rußland zusammenhängt.

Die Aufgaben der Sozialdemokratie.

Genosse Löbe in der Leising-Hochschule.

Im Rahmen der Leising-Hochschule sprach Reichstagspräsident Genosse Löbe über die Ziele der Sozialdemokratie. In seiner bekannten einfachen Art legte er wirkungsvoll die Aufgaben dar, die die Sozialdemokratie in der heutigen Zeit zu lösen hat. Im ersten Teil seines Vortrages kennzeichnete er

Die allgemeine gesellschaftliche Struktur der heutigen Zeit.

Er wies darauf hin, wie es früher nur das Vorrecht der Begüterten war, aufzurücken, während heute hierin eine Aenderung eingetreten sei. Überall dort, wo man der Arbeiterschaft durch Entsendung ihrer besten Vertreter Gelegenheit gab, nach einer kurzen und natürlichen Lehrzeit, sich in die Verwaltung des Staates einzuarbeiten, wurden überzeugende Erfolge erzielt. Gerade das Beispiel der Gemeinde Wien zeigt, wie sozialistische Arbeit sich auszuwirken vermag. Der Redner wies den Einwand zurück, daß die Menschen nur dann ihr Bestes hergeben, wenn sie Aussicht auf Gewinn hätten. Er zeigte, warum die Arbeiterbewegung international sein müsse, wenn sie die einmal gesteckten wirtschaftlichen Ziele erreichen wolle. Gerade die Verflechtung der wirtschaftlichen Beziehungen aller Länder zwingt die Arbeiter zu einheitlichem, internationalem Vorgehen. Die Friedensfreundschaft der Arbeiterschaft entspringt durchaus keiner utopistischen Einstellung, denn der Arbeiter weiß, daß der Krieg für die von ihm geschaffenen Organisationen einen Rückschlag bedeute. Sehr wirkungsvoll bezeugte Genosse Löbe den Vorwürfen, daß die Sozialdemokratie seit 1918 ihre Ziele aus den Augen verloren habe. Er wies darauf hin, wie der Parteivorstand mit der Entziehung der besten Kräfte für den Verwaltungsdienst blutiger wurde, wie man kämpfen mußte, um des täglichen Lebens willen. Er wies auf das wirtschaftliche Chaos hin, das der Krieg hinterlassen hatte, und auch darauf, daß die große Masse, die in jenen Tagen sich zur Sozialdemokratie bekannte, weit entfernt von ihren wirklichen Zielen war. Diese Masse bestand zum größten Teil aus Kriegsgegnern, und die Hoffnung auf Frieden und Brot führte sie in die Reihen der Sozialdemokratie. Im zweiten Teil seines Vortrages behandelte Genosse Löbe

Die Gegenwartsforderung der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokraten treten ein für die Abschaffung der Bundesstaaten in ihrer jetzigen Form, sie verlangen Gerichte des Reiches und nicht der Länder, weiter Kriminalpolizei

des Reiches und einheitliche Grundgesetze für das ganze Reich. Sie fordern, daß die Reichswehr eine zuverlässige Truppe der Republik werde durch Aenderung der Ergänzungsbestimmungen für Offiziere und Mannschaften. Die grundsätzliche Verwaltung soll das Reich bestimmen, daneben aber verlangen wir weitgehende Befugnisse der Länder, Kreise und Gemeinden für die Errichtung und Verwaltung gemeinwirtschaftlicher Betriebe, die nicht fiskalisch, sondern kaufmännisch geleitet werden sollen. Auf dem Gebiete der Rechtspflege verlangen wir, daß nicht das Vermögen, das Eigentum, sondern der Mensch an der ersten Stelle stehe. Wir fordern die Umformung des Strafrechts, in dem nicht mehr das Vergeltungsrecht herrschen soll. Aus dieser Grundeinstellung fordern wir auch die Abschaffung der Todesstrafe. Wir fordern die Wiedereinführung der Berufung, der Schwurgerichte, das unbeschränkte Recht auf Verteidigung und humanen Strafprozeß. Wir fordern, daß bei der Steuererhebung das Prinzip der Kostenverteilung nach der Leistungsfähigkeit angewandt werde, wir fordern die Quellenbesteuerung, die Freilassung eines Existenzminimums für die Kernfamilien und die Offenlegung der Steuerlisten zum Schutze der ehrlichen Steuerzahler. Die Bodenschätze und die natürlichen Kraftquellen können schon heute in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden, wir treten ein für die Förderung des Siedlungswesens und den Abbau der Zölle. Die planmäßige bewusste Betätigung im Geiste des Sozialismus ist jedoch nach unserer Auffassung erst möglich, wenn uns die Mehrheit des Volkes dazu das Mandat gibt. Bis dahin ist unsere ganze Arbeit auf die Erzielung von Einzelerfolgen abgestellt. Daraus ergibt sich, daß wir unter Umständen auch Koalitionspolitik treiben müssen, bei der es nicht möglich ist, zur Erzielung des Einzelerfolges unsere letzten Ziele restlos durchzusetzen. Der Redner wies im Anschluß hieron auf die Strömungen innerhalb der Partei hin, die zum Teil für, zum Teil gegen die Koalitionspolitik sind, er wies auch auf die Gründe hin, mit der die einzelnen Richtungen für ihre Anschauungen in bezug auf die Taktik der Partei eintreten.

Die Zuhörer, die den Plenarstimmungsaal des Reichswirtschaftsrates bis auf den letzten Platz gefüllt hatten und den Ausführungen des Redners mit gespanntem Interesse folgten, spendeten am Schluß reichlichen Beifall.

Dem Andenken von Marx und Lassalle.

In vielen Häusern Berlins findet man Gedenktafeln zur Erinnerung an bedeutende Persönlichkeiten, die in diesen Häusern gewohnt haben. Der Magistrat hat vor einer langen Reihe von Jahren diesen Brauch eingeführt, und im Laufe der Zeit ist dann die Zahl der Gedenktafeln recht beträchtlich geworden. Den Kreis der Personen, die einer solchen Ehrung für würdig gehalten wurden, hat der Magistrat in einer Hinsicht nicht zu eng gezogen. Er hat sich keineswegs auf die Großen und Größten beschränkt, sondern auch manchen geachteten Verdienste um den Kulturfortschritt fragwürdig sind. Das aber war bisher Vorbedingung des Anspruchs auf eine Gedenktafel, daß der Mann, dessen Name so den späteren Geschlechtern vor Augen gerückt werden sollte, eine Stütze der bürgerlichen Gesellschaft gewesen sein mußte. Bei der Auswahl von Straßennamen, wo man früher denselben Grundsatze halber, ist es schon ein wenig anders geworden. Jetzt weist die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion den Magistrat darauf hin, daß es Zeit ist, auch bei der Anbringung von Gedenktafeln einmal nach einer anderen Richtung hin Ausschau zu halten. Die Fraktion nennt zwei Kämpfer der sozialistischen Arbeiterbewegung in folgendem Antrag, den sie eingereicht hat: „Wir beantragen, an einem der Häuser, in denen Karl Marx während seines Berliner Aufenthaltes in den Jahren 1836-1841 gewohnt hat, in erster Linie am Hause Alte Leipziger Straße 1, sowie am Hause Belleouvestraße 13, in dem Ferdinand Lassalle von 1859-1863 gewohnt hat, Gedenktafeln zur Erinnerung an diese beiden Begründer des modernen Sozialismus anzubringen.“

Die Frau erschossen.

In einem Anfall geistiger Umnachtung.

Eine blutige Ehe Tragödie hat sich in der letzten Nacht in der Auguststraße 38 abgespielt. Der 47 Jahre alte Grüntrambändler Paul Lenz betrieb hier ein Ladengeschäft, während er im dritten Stock eine Privatwohnung unterhielt. Die Eheleute schloßen ständig im Hinterzimmer des Ladens, die 14 Jahre alte Tochter und das Hausmädchen in der Wohnung. Lenz war schon seit geraumer Zeit geistig nicht mehr ganz gesund. Vorübergehend war er in einer Anstalt untergebracht. Dann kehrte er zu seiner Familie zurück. Wenn er seine Anfälle bekam, so machte er der Frau jedesmal Eiferjuchtszenen. So bildete er sich zuletzt ein, daß sie ihn während seines Aufenthaltes in der Anstalt mit einem anderen hintergangen habe. Dieser Gedanke scheint ihn auch in der vergangenen Nacht wieder gepackt zu haben. Gegen 2 1/2 Uhr nachts erlitten Lenz plötzlich auf der zuständigen Revierwache und teilte mit, daß er seine 40 Jahre alte Frau Mariha, geb. Meyer, erschossen habe. Wegen des ständigen Ehezwistes hätten sie beschlossen gehabt, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Er habe aber nach der Tötung seiner Frau nicht mehr den Mut gehabt, die Waffe auch gegen sich selbst zu richten. Die Beamten, die sofort nach der Wohnung eilten, fanden die Frau in dem Ladenzimmer tot im Bette liegen. Ein Schuß in die Brust muß sofort tödlich gewirkt haben. Die Behauptung von einem geplanten gemeinsamen Selbstmord stimmt mit dem Befund augenscheinlich nicht überein. Es ist vielmehr anzunehmen, daß Lenz während der Nacht plötzlich wieder einen Anfall bekommen, zur Waffe gegriffen und seine Frau erschossen hat. Er wurde in Haft genommen und wird voraussichtlich zunächst auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Arbeiterjäger in Kaulsdorf.

Der Arbeitergesangverein „Freiheit“, Kaulsdorf, veranstaltete am Bußtag im Festsaal der Kaulsdorfer Schule einen Schubert-Wagner-Abend. Unter Leitung des Chormeisters Dörre sang der gut geschulte Chor Schuberts „Die Nacht“, „Ruhe, schönstes Glück aus Erden“ und „Der Lindenbaum“. Der zweite Teil des Abends war Wagner gewidmet und brachte Chorgesänge aus dem „fliegenden Holländer“ und „Tannhäuser“. Mit wirklicher Freude und Begeisterung waren die Sänger bei ihrer Sache, die sie hinaus trägt über den grauen Alltag mit seiner Mühsal. In diesen paar Feierstunden sind sie freie, frohe, freudige Menschen, gleichsam aus einer anderen, schöneren Welt, befreit vom ewig-drückenden Lip ihrer Sorgen und Nöte. Und ein wenig von dieser Gehobenenheit und dem Ausatmenbüren nehmen sie mit in die ruhigen, rauschgeschwängelten Fabriken. Das Wissen um Freuden, die nicht teuer erkauft, also entbehrt werden müssen, sondern einfach für alle Menschen da sind, stimmt froh und leicht. Eine Wiederholung des wohlgeklungenen Konzertes, in dem auch der Konzertsänger Ernst Krangemann durch den Vortrag schön gesungener Lieder erzieute, findet am Totensonntag im Festsaal der Schule in Kaulsdorf statt.

Festabend der demokratischen Beamten.

Der Reichsausschuß der demokratischen Beamten hielt kürzlich seinen ersten Festabend in den prächtig mit Schwarzrotgold dekorierten Spichernsälen ab. Der Vorsitzende Bogt konnte eine überfüllte Festversammlung begrüßen. Der Redner teilte unter dem Beifall der Teilnehmer mit, daß eine Arbeitsgemeinschaft der drei für die Republik bedeutenden Beamtenvereine im Entstehen sei. Erschienen waren Reichsinnenminister Dr. Kütz, der preussische Finanzminister Dr. Häppler, Adhoff, der neue Kammerer von Berlin Dr. Vange und eine große Anzahl höherer Reichs- und Staatsbeamten. Minister Dr. Kütz bezeugte in einer Ansprache die demokratische Beamtenvereine als die Kerntruppe des neuen Staates. In ihnen lebe nicht der läbliche, trodene Beamtengeist, sondern das warme Herz für Staat und Demokratie. Das staatspolitische Denken, Wollen und Wirken dieser Beamten zielt auf die Erhaltung der Republik, deshalb müsse sich auch der Staat mit seinen Beamten verbunden fühlen. Der Minister betonte, daß er diese seine Überzeugung nicht in der Theorie erstarren lasse, sondern daß er bestrebt sei, sie auch in der Gesehgebung Wirklichkeit werden zu lassen. Bei künstlerischen Vorträgen und Tanz blieben die Teilnehmer bis in die Morgenstunden beisammen.

Wegen Arbeitslosigkeit in den Tod. In seiner Wohnung in der Kottbuser Straße 18 vergiftete sich heute vormittag der 40-jährige Musiker Rittmeier durch Einatmen von Leuchtgasen. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Dauernde Arbeitslosigkeit hat R. zu dem Verzweiflungsschritt getrieben.

Ein folgenschwerer Kolotrudunfall ereignete sich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in der Wilmersdorfer Straße zu Charlottenburg. Beim Ueberholen eines Kraftwagens kam der 21-jährige Kaufmann Walter Gorch mit seinem Motorrad zu Fall und zog sich schwere Kopfverletzungen zu. Der Verunglückte wurde in das Krankenhaus Westend geschafft, wo er nach der Entlieferung starb.

„Freie Sozialistische Hochschule.“ Am kommenden Sonnabend, den 20. November, findet im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Berlin, Leipziger Straße 3, ein Vortrag vom Genossen Prof. Dr. Karl Vorländer-Münster über das Thema: Die ethische Idee im Sozialismus statt. Karten zum Preise von 50 Pf. sind an folgenden Stellen zu haben: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof 11, Zimmer 8; Buchhandlung S. H. W. Diehl, Lindenstraße 2; Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Aufseher; Zigarrengeschäft Horlich, GutsMuths 24/25 (Gewerkschaftshaus); Verlag des Verbandes der deutschen Buchdrucker, Dreilindstraße 5; Tobakvertrieb, Inselstraße 6; „Wertfreude“-Bücherstube, Potsdamer Straße 104, sowie in allen „Vorwärts“-Speditionen.

Schweres Grubenunglück in Japan. Wie aus Tokio gemeldet wird, wurden bei einer Grubenexplosion 28 Bergleute getötet und verwundet.

Große Schiffverluste auf dem Atlantik. Das Schiffsbureau meldet 20 Schiffe als überfällig. Man nimmt an, daß sie in den letzten Stürmen auf dem Atlantischen Ozean gescheitert sind.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Am Freitag, den 19. November, abends 7 Uhr, Sitzung der Kreisoblate der Zeitungskommission im Vorwärtsgebäude, Lindenstraße 3, 1. Hof links, 1. Treppen links. Jeder Kreis muß unbedingt vertreten sein.

2. Kreis Tiergarten. Wohnung! Parteigenossen, welche Vertrauensmänner des Deutschen Arbeiterbundesverbandes in Kolonnenoffizieren sind, müssen heute abend 7 Uhr im Rosenhaldler Hof an der Berlin-Brandenburger Eisenbahn eintriften. Reiner darf diese Konferenz besuchen.
14. Kreis Neukölln. Freitag, 19. November, abends 7 Uhr, im Parteibureau, Bredastraße, Sitzung sämtlicher Ortsverbände des Kreises. Von Verbindungsstellen ist ein Vertreter zu entsenden.
21. Abt. Wohnung! Die für heute, Donnerstag, veröffentlichte Kommunale Konferenz findet erst am Freitag, 20. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Palmstra. Krauß, 36. Hof. - Vortrag: Wohlfahrts- und Jugendpflege. Referent: Stadtrat Günther.
26. Abt. Wilmersdorf. Freitag, den 19. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Wilmersdorf, GutsMuths 24, Funktionärssitzung. - Wichtiges Erscheinen wird erwartet, da das Zimmer bis um 10 Uhr gedrückt sein muß.

Storbefehl der Groß-Berliner Partei-Organisation

116. Abt. Wilmersdorf. Unser Genosse Paul Baumgarten, Waghagener Straße, 11 im Alter von 71 Jahren verstarb. Einsegnung am Freitag, den 19. November, vorm. 11 1/2 Uhr, im Krematorium Bismarckplatz. Wir ermahnen zugehörige Mitglieder.

Ist Lohnkürzung Vertragskündigung?

Ein Rechtsurteil des Gewerbegerichts.

Die Firma Siemens-Bauunion führt in Limerik in Irland größere Bauaufträge aus, für die sie eine Anzahl Berliner Zimmerer einstellte. Mit diesen schloß die Firma am 12. Oktober 1925 einen bis 1. November 1927 laufenden Arbeitsvertrag, der den Wochenlohn auf 100 Schilling festsetzt. Eine Klausel des Vertrages sagt, falls besondere Gründe vorliegen, kann die Firma das Arbeitsverhältnis mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende kündigen.

Zu den Bedingungen dieses Vertrages haben die Zimmerer bis September 1926 gearbeitet. Dann hat die Firma das Arbeitsverhältnis widerrechtlich gelöst und zwar aus folgenden Gründen: Durch Schreiben vom 28. August 1926 teilte die Firma den Zimmerern mit, daß sie den vertraglichen Lohn zum 30. September kündige und von da ab statt 100 nur 90 Schilling zahle. Wörtlich heißt es dann in dem Schreiben: „Im übrigen sind wir bereit, Sie wie bisher zu beschäftigen.“ Die Lohnherabsetzung wird begründet mit der andauernden schlechten Wirtschaftslage in Deutschland. (1)

Die Zimmerer waren mit der Lohnherabsetzung nicht einverstanden, sie beriefen sich auf ihren Vertrag und verlangten den vertraglichen Lohn. Aber die Firma war nicht zur Erfüllung des Vertrages zu bewegen. Sie erklärte die Zimmerer für entlassen und drohte, sie durch die Polizei abtransportieren zu lassen, falls sie nicht die ihnen von der Firma gestellten Wohnungen unverzüglich räumen würden. — Den Zimmerern, die doch im Auslande ihr Recht nicht suchen konnten, blieb hiernach nichts übrig, als den irischen Arbeitsplatz zu verlassen. Am 27. September traten sie die Rückfahrt nach Berlin an. Hier klagten sie beim Gewerbegericht gegen die Siemens-Bauunion auf Erfüllung des bis 1. November 1927 laufenden Arbeitsvertrages.

Die Kammer wies die Klage ab mit der Begründung, die fristgemäß erfolgte Kündigung des Lohnes, der ja die Hauptflaute im Vertrage sei, sei gleichbedeutend mit der Kündigung des ganzen Vertrages.

Dies Urteil stellt einen unbegreiflichen Rechtsirrtum dar. In dem Schreiben der Firma vom 28. August wird doch ausdrücklich gesagt: „Im übrigen sind wir bereit, Sie wie bisher zu beschäftigen.“ Dadurch wird doch klar zum Ausdruck gebracht, daß die Firma den Arbeitsvertrag gar nicht kündigen wollte, nur den Lohn wollte sie herabsetzen, also den Vertrag ändern, was aber ohne Zustimmung des anderen Vertragspartners nicht möglich war.

Die Firma war auch gar nicht berechtigt, den Vertrag zu kündigen, denn das dürfte ja, wie es im Vertrage heißt, nur geschehen, falls besondere Umstände vorliegen. Solche lagen aber nicht vor. Die Absicht des Unternehmers, den Lohn herabzusetzen, ist doch kein besonderer Umstand, sondern — leider — ein alltägliches Ereignis. — Der wahre Grund, weshalb die Firma den Lohn herabsetzen wollte, scheint der zu sein: Die auf der Baustelle in Limerik beschäftigten irischen Arbeiter forderten unter Hinweis auf den höheren Lohn der Berliner Zimmerer eine Lohnaufbesserung. Anstatt diese jedenfalls berechnete Forderung zu erfüllen, glaubte die Firma wohl durch Herabsetzung der Löhne der Berliner den Tren den Grund für ihre Forderung nehmen zu können.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Berufungsinstanz, welche die Kläger anrufen werden, das unhaltbare Urteil des Gewerbegerichts korrigieren wird.

Die Gärtner fordern ihr Recht!

Der Verband macht Fortschritte.

Die Verwaltung Berlin des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter hielt am 13. November im Gewerkschaftshaus ihre Vierteljahres-Generalversammlung ab, zu welcher außer den Delegierten auch die Funktionäre eingeladen waren. Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde von den Angestellten Bernotat und Saar erstattet. Aus dem Bericht ging hervor, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit ein erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen ist. Im 3. Vierteljahr sind fast 4000 Warten mehr als im vorigen Vierteljahr umgepflanzt worden. Ueber 100 Mitglieder wurden neu gewonnen. Ein Lohnabbau konnte auf der ganzen Linie verhindert werden. In einigen Branchen sind Lohnherabsetzungen von 1 bis 2 Pf. je Stunde erreicht worden.

Für die streikenden englischen Bergarbeiter sind fast 1000 M. gesammelt worden. Es wurde einstimmig gutgeheißen, den Arbeitlosen eine Weibschaffunterstützung zu gewähren, zu welchem Zweck Sammellisten herausgegeben werden. Eine Aussprache über den Bericht fand nicht statt.

Dann hielt der Schriftleiter des Verbandes, Kollege Lehmann, einen längeren Vortrag über „Die kommende Arbeitszeitgesetzgebung (Arbeitslosenversicherung, das Arbeitsgerichts-, Arbeitschutz- und Arbeitsvertragsgesetz) und die Bohrung unserer Berufsinteressen“. Redner wies auf die eigenartigen Rechtsverhältnisse der Gärtner hin, die gestern der Gewerbeordnung unterliegen konnten, heute dem Handelsgesetzbuch und morgen dem bürgerlichen Recht unterliegen, je nachdem sie in einer Landshofgärtnerei, in einem Handelsgeschäft, in einem Gemeindebetrieb oder bei einer Privat herrschaft beschäftigt werden.

Seht sie die vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit gegeben, dieses Durcheinander zu befeitigen und den jahrzehntelangen dauernden Kampf der Gärtner um die Rechtszugehörigkeit zu beenden.

Obwohl die Unternehmer in der Öffentlichkeit zu diesen Fragen keine Stellung nehmen, kann doch einmündig festgestellt werden, daß sie um so eifriger hinter den Kulissen tätig sind. Ihr bekanntes Streben geht dahin, daß die gesamte Gärtnerei auch bei der kommenden Arbeitsgesetzgebung zur Landwirtschaft gerechnet wird. Nachdem sie in Steuerfragen und auch bei der öffentlichen rechtlichen Berufsvortretung ein sehr weitreichendes Entgegenkommen bei den Staatsregierungen gefunden haben, halten sie die Zeit für gekommen, ihre Ziele zu verwirklichen. Aber während sie früher ihre Ansichten öffentlich vertraten und begründeten, scheuen sie heute die Öffentlichkeit. Die Vorgänge beim Arbeitschutzgesetz zeigen mit aller Deutlichkeit, wie die öffentlich-rechtliche Berufsvertretung Hand in Hand mit den Unternehmern arbeitet und mit ihnen durch Dick und Dünn geht.

Obwohl für das Arbeitsschutzgesetz erst ein vorläufiger Referentenentwurf vorlag, welcher der Öffentlichkeit nicht zugänglich war, war der Reichsverband des Deutschen Gartenbaues sofort davon unterrichtet und konnte seine Anträge an das Reichsarbeitsministerium sofort loslassen. In der Verbandszeitung der Gärtner ist bereits im Juli d. J. dargelegt, daß die Fachkommission für den Gartenbau im Freistaat Sachsen den Entwurf in Ueberschreibung ihrer formalen amtlichen Befugnisse dem Unternehmerverband zugeleitet hat. Obwohl diese Stelle sonst immer sehr schnell mit Berichtigungen zur Hand ist, hat sie diese Feststellung küßlichweigend hingelassen.

Der Vortragende behandelte dann eingehend die verschiedenen Gesetzesentwürfe, soweit sie bekannt geworden sind. Er zeigte die Gefahren auf, die sich für die gesamte Arbeiterschaft und für die Berufsangehörigen im besonderen ergeben, wenn es nicht gelingt, bei der Verabschiedung dieser Gesetze eine Reihe von rücksichtsvollen Bestimmungen zu bewerkstelligen. Es sei jetzt darum zu kämpfen, daß das gärtnerische Arbeitsrecht nicht um 50 Jahre zurückgeworfen wird.

In den Vortrag, der beifällig aufgenommen wurde, schloß sich eine lebhafteste Aussprache. Der Redner der „Opposition“ meinte, daß höchstens durch außerparlamentarische Mittel etwas zu erreichen sei. Die übrigen Redner waren mit dem Referenten einer Meinung, daß die größten Anstrengungen nötig sind und gegebenenfalls die gesamten arbeitenden Berufsangehörigen mobil gemacht werden müssen, um die Anschläge der Unternehmer zu vereiteln.

Delegiertenkonferenz der Mühlenarbeiter.

Die Lage im Mühlengewerbe.

Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter hatte zu Beginn vormittag nach dem Gewerkschaftshaus eine Delegiertenkonferenz der Mühlenarbeiter des Gau Brandenburg-Berlin einberufen, in der Genosse Köstler vom Hauptvorstand über „Die wirtschaftliche Lage im Mühlengewerbe“ sprach. Er wies in seinem mit leicht fälschlichem Zahlenmaterial gegebenen Vortrag nach, daß auch die Krise im Mühlengewerbe, wenn von einer solchen überhaupt gesprochen werden kann, nur durch eine Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung und einen dadurch gesteigerten Inlandsabsatz behoben werden kann.

In der ausgedehnten Aussprache wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Mühlen in der Provinz lebhaft kritisiert. Die Unternehmer lehnen dort einen Herrn-im-Hause-Standpunkt heraus, der aller Beschreibung spottet. Ueberschreitungen der achtstündigen Arbeitszeit bis zu 6 und 8 Stunden sind keine Seltenheit trotz größter Arbeitsintensität. In vielen Mühlen ist der 12stündige Schichtwechsel zur Regel geworden. Alle diese Mißstände sind aber nur möglich geworden, weil der notwendige gewerkschaftliche Zusammenschluß der Mühlenarbeiter fehlt. Dieses lückenhafte Organisationsverhältnis hat auch dazu geführt, daß der Streik der Magdeburger Mühlenarbeiter erfolglos verlief. Bei besserer Organisation hätte sich der Streik nicht drei Wochen lang hinziehen können. Durch die lange Dauer des Streiks jedoch gelang es einigen Handwerkerkreisen, im Verein mit roten Frontkämpfern und anderen Streikbrechern die Front der Streikenden in Banken zu bringen, so daß es schließlich zu der unerhörten Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruches kam, der die Arbeiter glatt abweist. Die Delegierten waren einmütig der Auffassung, daß durch eifrige Agitation die organisatorische Voraussetzung geschaffen werden kann zur Beseitigung dieser Mißstände.

Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß der Hauptvorstand einen Entwurf ausgearbeitet hat zur Einführung einer laufenden Unterstützung der inaktiven Verbandsmitglieder je nach der Dauer der Mitteilbarkeit. Alle arbeitslosen Mitglieder sollen zu Weihnachten eine Extraunterstützung von 20 M. erhalten. Die in den einzelnen Ortsverwaltungen eingeleiteten Sammlungen zugunsten der Erwerbslosen werden davon nicht berührt. In einer einstimmig angenommenen Entschließung sprach die Konferenz dem Schlichter von Magdeburg ihre Mißbilligung aus.

Willkür landwirtschaftlicher Unternehmer.

Der Wille der landwirtschaftlichen Unternehmer, die Landarbeiter in die vorrevolutionären Arbeitsverhältnisse zurückzuführen und der Haß dieser Kreise gegen jede fortschrittliche Einstellung der Landarbeiter nimmt immer grenzenlosere Formen an. So wird jetzt dem Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes aus dem Kreise Stolp in Pommern berichtet, daß in den letzten Wochen auf fast allen Gütern Massenkündigungen mit dem Ziele erfolgt sind, 1. die Landarbeiter zur Unterzeichnung von Einzelverträgen zu bringen, 2. von den Einspännerfamilien loszukommen, 3. das Hofgangwesen auszubauen und 4. die Verbandsfunktionäre los zu werden. Einigen der Gehängten wurde ein Schreiben folgenden Wortlauts zugestellt:

Gr. Runow, den 10. Oktober 1926.

Gutsverwaltung Gr. Runow.

Herrn

Ich kündige Ihnen hiermit den Dienst zum 1. April 1927 und auch die Wohnung Ich bin jedoch unter Umständen bereit, Sie weiterzubeschäftigen, wenn Sie mir in Zukunft keine Schwierigkeiten machen, sondern sich auf die Seite Ihres Arbeitgebers stellen, sich als verständiger Mensch zeigen und nichts mehr auf Worte geben, die von arbeitscheuen Menschen in die Welt hinausposaunt werden. gez. zum Winkel.

Solcher Unverschämtheit können die Landarbeiter sich nur erwehren durch festen Zusammenschluß im Deutschen Landarbeiterverband.

Achtung, SPD-Gitarren! Heute, abends 7 Uhr, findet im Schmidt'schen Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 16a, eine Sitzung aller im Einheitsverband organisierten SPD-Genossen statt. Tagesordnung sehr wichtig. Besonders die Delegierten zur Generalversammlung werden in Betracht der gegenwärtigen Situation gebeten, zu erscheinen. Der Verbandsführer.

Achtung, Werner-Marienfeld! Am Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal „Bildganz“, Marienfeld, wichtige Besprechung sämtlicher SPD-Genossen. Alle Genossen müssen bestimmt anwesend sein. Gewerkschaftler können eingeführt werden. Der Fraktionsvorstand.

Wirtschaft

Kohlenverflüssigung und Weltwirtschaft.

Deutsche Erfinder auf dem amerikanischen Kohlenkongress.

In Pittsburg fand dieser Tage eine internationale Konferenz für Weichkohle statt, die von den amerikanischen Kohlen- und Delinteressen stark besucht war. Die Tagung erhielt dadurch ihr besonderes Gepräge, daß die deutschen Erfinder Prof. Bergius-Heidelberg und Geheimrat Fischer-Mühlheim die Ergebnisse ihrer Forschungen und Experimente zum ersten Male vor einem großen internationalen Forum von Fachmännern und Interessenten darlegten. Es handelt sich dabei, wie unseren Lesern bekannt ist, um die auf die Kohlen- und Weltwirtschaft der Welt geradezu umwälzenden Verfahren, Kohle unmittelbar, also nicht auf dem Wege über die Verkokung, in Schmelz- und Leichtöle zu verwandeln. Eine Reihe deutsche Unternehmungen, so der chemische Großtrust, neuerdings auch das Rheinisch-westfälische Kohlenigndifat sind dabei, das Verfahren zur Fabrikation im großen auszunutzen. Durch ihre Beteiligung an der Deutschen Gasolin A.-G. sind auch die großen Petroleumkonzerne Amerikas und Englands bis zu einem gewissen Grade an dem Absatz der auf diese Weise herzustellenden Oele interessiert. Wir haben die Eigenart der Patente bereits früher geschildert. Gegenüber unseren damaligen Darlegungen brachten die Referate in Pittsburg nichts wesentlich Neues.

Interessant ist das Echo der Darlegungen der deutschen Gelehrten. Ueber das Bergin-Verfahren äußerte sich Prof. Flynn vom amerikanischen Carnegie-Institut vor einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ folgendermaßen:

„Wenn Gold in der Kohle wäre, würden alle Anstrengungen gemacht werden, es vor der Verbrennung auszuscheiden, Del und andere Kohlenprodukte haben Goldwert. Daher sei auch Amerika an jedem ökonomischen Auscheidungsverfahren interessiert. Das Bergin-Verfahren sei zweifellos geeignet, die Kohlenwirtschaft zu revolutionieren. Da in Amerika die Nachfrage heute noch nicht brennend sei, sei gegenwärtig vielleicht das praktische Interesse größer für ein Verfahren zur Gewinnung von Beiprodukten anderer Art, die in Amerika seltener sind als Del. Doch sei es nur eine Frage der Zeit, wann das Bergin-Verfahren auch in Amerika praktisch verwertet wird, zumal da die Ansichten über die amerikanische Delrefinerie sehr verschieden sind. Entscheidend wird dabei das Verhältnis der Herstellungskosten des Bergin-Verfahrens zum Delgehaltungspreis in Amerika sein.“

Die Frage der Gesehungskosten sieht also für Amerika noch offen. Für Deutschland, das fast gar nicht über natürliche Oelquellen verfügt, liegen die Dinge von vornherein anders. Es ist trotzdem durchaus möglich, daß die ausländische Konkurrenz sehr bald auftaucht. Meldet doch soeben die Londoner „Daily News“, daß eine englische Gruppe von Kohlen- und Delinteressen die Lizenz zur Ausbeutung des Bergin-Verfahrens für Großbritannien erworben hat.

Die Kohleerledungsinteressen des AEG-Konzerns.

Vor einigen Wochen teilten wir mit, daß auch der AEG-Konzern sich aktiv und zwar von der Braunkohle aus, an der Kohleerledigung beteiligen werde. Diese Absicht fand ihren Ausdruck in der Gründung der „Kohleerledigung A.-G.“, die von der AEG. beherrscht wird und als Dachgesellschaft die Patente und Aktien der eigentlichen Produktionsgesellschaften zu verwalten hat. Die erste Produktionsgesellschaft ist jetzt unter dem Namen „Schmelzwerke Minna Anna A.-G.“ mit einem Kapital von 1,5 Millionen gegründet worden; die Errichtung der Schmelzanlage auf der Braunkohlengrube Minna Anna erfolgt sofort. Gleichzeitig erfolgt eine Kapitalerhöhung der Kohleerledigung A.-G., die sämtliche Aktien der neuen Werksellschaft besitzt, auf 2,5 Millionen Mark. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats der beiden Gesellschaften läßt auf ein enges Zusammenarbeiten mit der Braunkohlen- und der Kraftzeugungsindustrie schließen. Neben der Besetzung durch die AEG. selbst sind außer der Berliner Handelsgesellschaft, dem Bankhaus Spener, und den vier D-Banken die Grube Leopold A.-G., die Elektrizitätswerke der Stadt Berlin und die Bank elektrischer Werte vertreten.

Geförderter Absatz, aber doch Verluste. Die Stadlberger Hütte A.-G.-Riedermarsberg, die seit 1838 Kupfererzkommen bei Riedermarsberg in drei kleinen Gruben und Hütten ausbeutet und nach neueren Verfahren Raffinad- und Elektrolyt kupfer erzeugt, hat mit der Firma Krupp einen bis 1940 laufenden Liefervertrag, der den Absatz der Produkte vollkommen sichert. Die Förderung ist gegen das Vorjahr von 22 400 auf 23 900 Tonnen Erz gestiegen. Erzeugt wurden 135 Tonnen Raffinadkupfer und 213 Tonnen Elektrolytkupfer, gegen zusammen 379 Tonnen im Vorjahr, wiewohl also gegen das Vorjahr etwas zurück. Die Belegschaft des Hüttenwerkes beträgt außer den 6 Steigern, Beamten und Meistern 139 Mann gegen 113 im Durchschnitt der Vorjahre. Trotz der absolut gesicherten Abnahme der Produktion arbeitete das Werk (zum Teil infolge der schwierigen Einführung neuer Verfahren) mit Verlust. Gegen das Vorjahr, wo er rund 38 000 M. betrug, steigerte er sich für 1925/26 auf 54 600 M.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Carl Orget; Schriftf.: Kurt Seitzmann; Geschäftsabteilung: Friedr. Schöner; Redaktion: A. S. Fischer; Verleger: Hermann Berlin G. m. b. H., Berlin, Unter den Eichen 15; Druck: Hermann Berlin G. m. b. H., Berlin, Unter den Eichen 15.

ZAHNE mit Kautschukplatte 1 u. 2 Mark, ohne Gaumen. Brücken von 5 Mark. — Teilzahlung gestattet. 3 Jahre weitgehende Garantie. Zahnziehen bei Bestellung gratis. **Hatvani Danziger Straße 1 — Zimmerstraße 86 Luisenstr. 27 / Charlitz., Schlüterstr. 73**

Walhalla-Tunnel
19.20 Weinbergsweg 19.20
Donnerstag und Freitag
Elitetag
Entree frei Entree frei
Allgemeine Ortskrankenkasse
für den Verwaltungsbezirk XI der Stadt Berlin Schöneberg-Friedenau
Einfabung
zur oberstenlichen Ausschuss-Sitzung am Freitag, den 26. November 1926, 1/2 Uhr abends, im Gymnasium Berlin-Schöneberg, Gugenwaldstraße 77. — Tagesordnung: Bericht über die Geschäftstätigkeit. — Namengebung zum Hausballanstellung für das Jahr 1926. — Hausballanstellung für das Jahr 1927. — Wahl der Prüfer der Jahresrechnung 1926. — Gattungsbewertungen. — Ratsangelegenheiten.
Berlin-Schöneberg, den 18. November 1926.
A. Schmidt, Vorsitzender.

Frische junge Felle Gänse
1,10
1,20
allererste Qualität
Wagner, Berlin 50, Mariannenstr. 24.
Mebel
Speise-
Stühle-
Schlaf-
Zimmer,
bekannt gut
und billig.
Neugebauer
CHARLOTTEBURG
Wilhelmsufer 10, 10
Ecke Schiller-Str.
Rein Lamin
E. Gepp
Bestellungen für mein
reichhaltiges Lager

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf alle bei mir gekauften
Trauringe
(Fugenlos)
zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
Ständle ca. 3000 St. auf Lager
Preisliste gratis!
Ges. geschützt
Hermann Wiese, Berlin N 24, Artilleriestr. 30
W, Passauer Straße 12
Bei Entsch. werden die von mir gekauften Trauringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preis rückgenommen.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N 24, Eisässer Str. 86/88 | Filiale Westen, Wilmerdorf
Fernsprecher Norden 65 25 u. 65 26 Landhausstraße 4. Tel.: Platzburg 9531
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 30-40 (Alexander-Passage) Tel.: Nömitzstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges zu kulantem Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 25,-
Auch in Ratezahlung
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen
Bettfedern
aus erster Hand, 1/2 Dtl. genau
60 Pf., gefüll. 90 Pf., Kupf.
1,75, Halbduane 2,75, 4
weiß, Flaumwoll 4, beste 5, Duane 7, weiß
8-10, Schildduane 8,50-5, Oberbett 12
licht, Julett 8 Pf., 12, 15, Rillen 3 Pf., 5, 50
5,50 autm. gegen Radm. Mutter-Preis! Vert.
fein Rillen, Nichtpfeifen zurück. Böhm.
Bettfedernspezialhaus Sachsel & Stadler,
Berlin C 12, Danziger Str. 43.

Gebr. 1891.
Unter Garantie die schönsten
tepp- und Daunendeden
tauchen Sie selbst ab! Haupt
Bernhard Strommandel, Berlin,
Wallstraße 72 (Untergrundbahn Anhalterstr.)
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Spittelstraße, und
W. Ritzsburger Platz 2, Ecke Trautmannstraße.
Metallbestellen u. Auftragsarbeiten: **Wallstr. 21/22**
Hercator, jed. Art. — Muster, Preisverzeichnisse gratis.
Tapeeten 25, 30, 35 Pfg.
Riesenauswahl.
herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocos-
matten nur bester Qualität in großer Auswahl.
R. Lode, Artilleriestraße 36a
Ecke Eisässer Straße
Vorzuger erhält 5 Prozent Rabatt.
Achtung!
Billiger Fleisch- und Wurstverkauf
billig und gut
40 Thauerstraße 40